

Antrag der Fraktion der CDU

Rot-Grün-Rot kapituliert vor den Problemen am Bremer Hauptbahnhof – Drogenhandel bekämpfen, Drogenkonsumraum schaffen, öffentlichen Raum wieder nutzbar machen

Seit Jahren ist die Sicherheitslage am Bremer Hauptbahnhof, dem Eingangstor für Gäste unserer Stadt und dem wichtigen ÖPNV-Verkehrsknoten für Pendlerinnen und Pendler sowie Bremerinnen und Bremer extrem angespannt. Eine hohe Kriminalitätsbelastung, offener Drogenhandel und -missbrauch, überbordender Alkoholkonsum, aggressive Bettelei und starke Verunreinigungen des öffentlichen Raumes, prägen das Erscheinungsbild dieses zentralen Ortes. Immer wieder kündigte der Senator für Inneres an, endlich hart durchzugreifen zu wollen und untermauert diese Bereitschaft mit medienwirksamen Aktionen. Bereits 2018 hatte der rotgrüne Senat daher auch das „Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof“ beschlossen. Im Juni 2021 stellte der Innensenator dann „die Sicherheitspartnerschaft Hauptbahnhof“ vor. Zuletzt legte sich der Senat im Januar 2022 selbst ein Maßnahmenpaket unter dem vielversprechenden Titel „Aktionsplan Hauptbahnhof“ mit 31 Vorhaben auf und wollte vor Ort endlich für bessere Verhältnisse sorgen. Mit Blick auf die weiterhin vorherrschende Situation am Bremer Bahnhof muss man nüchtern konstatieren, dass der Senat damit und vor allem mit dem Maßnahmenpaket wiederum krachend gescheitert ist.

Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung der Situation am Hauptbahnhof in dem letzten halben Jahr seit Beschlussfassung des Aktionsplans. Hierzu hat selbst Innensenator Mäurer jüngst in der Presse eingeräumt, dass sich der Zustand am Hauptbahnhof noch weiter verschlechtert hat: Offener Drogenhandel, der von einer stetig gegen sprichwörtliche Windmühlen ankämpfenden Polizei, ohne wirkliche Handhabe, mittlerweile mehr oder weniger geduldet wird. Drogensüchtige, die vor den Augen von Berufspendlern, Kindern, Schülerinnen und Schülern und Reisenden rund um den Bahnhof ungeniert in aller Öffentlichkeit Drogen konsumieren und ihre gebrauchten Utensilien, wie etwa Spritzbesteck, zu allem Ärgernis auch noch überall herumliegen lassen. Hinzu kommt intensiver Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und aggressive Bettelei. All das führt dazu, dass sich der Bremer Hauptbahnhof zu einem „Unwohlor“ und besonders in den Nachtstunden für viele Menschen zu einem „No-Go-Area“ entwickelt hat.

Das städtische Hilfsangebot für Obdachlose und drogen- und alkoholabhängige Menschen ist rund um den Bahnhof konzentriert. Diese Konzentration der Angebote führt aber viel zu selten dazu, dass Menschen sich aus dem Elend der Obdachlosigkeit und/oder Drogensucht befreien können, sondern wirkt aktuell eher verstetigend. Durch die Möglichkeit, eine Vielzahl von Passanten anzubetteln, zahlreiche Tatgelegenheiten für Delikte der Beschaffungskriminalität im unmittelbaren Umfeld vorzufinden und direkt vor Ort Drogen kaufen zu können, wird es einigen Menschen trotz ihrer notvollen Lage nicht gerade leicht gemacht, verstärkt den Wunsch nach einem anderen, besseren Leben zu entwickeln. Darüber hinaus sind viele Gleichgesinnte vor Ort und genau

dadurch wird das gesamte Bahnhofsgelände zu einem Treffpunkt der Drogenszene.

Der geplante integrierte Drogenkonsumraum wurde bisher immer als Allheilmittel und die Lösung schlechthin für alle Probleme vonseiten des Senats verkauft. Doch weder der feste Konsumraum, dessen Inbetriebnahme bereits für Januar 2021 geplant war, noch die provisorische Containerlösung haben bisher spürbare Wirkung entfaltet.

Anfang November 2022 wurde nun medienwirksam verlautbart, dass der Senat sich einen Umzug der Drogenszene, samt der Dealer in die Friedrich-Rauers-Straße vorstellt. Der Senatspressesprecher verkündete, dass man mit der Hilfe der Polizei dafür sorgen wolle, auch die Dealer zum Umzug zu bewegen. Aus diesen Aussagen wird offenkundig: Die Bekämpfung der Drogenkriminalität, schwerer Straftaten und der damit einhergehenden Beschaffungskriminalität, sind für diese Regierung offenbar kein erklärtes Ziel mehr. Eine solche Politik ist unverantwortlich und wird dem besonderen Schutzbedürfnis von drogenabhängigen Menschen nicht gerecht.

Nachdem die Uneinigkeit in der rot-rot-grünen Regierung in Bezug auf den Hauptbahnhof greifbar ist, Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt und eher gegeneinander gerichtet sind und man sich offensichtlich nicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen kann, ist es nunmehr Aufgabe des Parlaments, wirkungsvolle Maßnahmen vorzuschlagen, um der Situation am Hauptbahnhof endlich wieder Herr zu werden. Wie viel öffentlicher Raum und damit verbunden auch Sicherheitsempfinden in der Zwischenzeit bereits offenkundig verloren wurde, lässt sich an den hilflosen Floskeln des Innensenators ablesen, der jüngst in der städtischen Deputation für Inneres bereits davon sprach, dass man den Bahnhofsvorplatz zurückzuerobern müsse. Es gilt daher keine weitere Zeit mehr zu verlieren.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass der illegale Verkauf von Betäubungsmitteln einen erheblichen Beitrag zu der angespannten Lage am Bremer Hauptbahnhof leistet und verurteilt den zunehmenden Drogenhandel im Bahnhofsumfeld aufs Schärfste.

Die Stadtbürgerschaft erwartet vom Senat, die gemeinsame Kraftanstrengung durch alle erdenklichen Maßnahmen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofes wiederherzustellen.

Die Stadtbürgerschaft bekräftigt das Ziel, drogenabhängigen Menschen Hilfen und Wege aus der Suchterkrankung heraus anzubieten und sie auf einem solchen Weg bestmöglich zu unterstützen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. eine Koordinierungsstelle „Hauptbahnhof“ zu installieren, an der zumindest die Senatsressorts für Gesundheit, Soziales, Stadtentwicklung und Inneres beteiligt sind, und bei welcher der Senator für Inneres die Federführung übernimmt. Hierbei gilt es alle Aktionen und Maßnahmen zu bündeln, Stadtentwicklung dabei stets mitzudenken und für die Umsetzung in der Verantwortung zu stehen;
2. das bremische Ortsgesetz über die öffentliche Sicherheit dahingehend zu ändern, dass ein generelles Alkohol- und Drogenkonsumverbot im Bereich des unmittelbaren Umfeldes des Bremer Hauptbahnhofes sowie des gesamten Bereichs des Bremer Bahnhofsvorplatzes, des Platzes der Deutschen Einheit, der angrenzenden Bus- und Bahnhaltestellen der Bremer Straßenbahn AG (zentraler Umsteigepunkt) sowie des Hugo-Schauinsland-Platzes gilt. Dies ist durch Beschilderung entsprechend öffentlichkeitswirksam auszuweisen und behördlich durchzusetzen. Darüber hinaus soll in diesem klar eingegrenzten Bereich zusätzlich ein generelles Verkaufsverbot von alkoholischen Getränken gelten. Entsprechende Ausnahmeregelungen

sind lediglich für die Bewirtung innerhalb der anliegenden gastronomischen Betriebe sowie bei zuvor behördlich genehmigten Anlässen, wie dem Ausschank auf dem Weihnachtsmarkt, dem Bremer Freimarkt oder der Osterwiese, vorgesehen;

3. den florierenden Betäubungsmittelhandel insbesondere im Bahnhofsumfeld konzentriert zu bekämpfen, insbesondere durch kontinuierlich durchzuführende Schwerpunktmaßnahmen, die Aufdeckung und Zerschlagung der Dealerstrukturen und konsequenter Ahndung aller Drogendelikte. Hierfür soll eine mobile Polizeiwache direkt am Bahnhof entstehen, die eine 24 Stunden Präsenz bietet, das angrenzende Bahnhofsareal rund um die Uhr mit ausreichenden Kräften bestreift und somit unter anderem den Handel mit Betäubungsmitteln und damit im Zusammenhang stehende Beschaffungskriminalität unterbindet;
4. alle im Senat vorhandenen Kräfte mit dem erklärten Ziel zu bündeln, den integrierten Drogenkonsumraum in der Friedrich-Rauers-Straße schnellstmöglich in der ersten Jahreshälfte 2023 zu beziehen und nutzen zu können, um hierdurch auch kostspielige Doppelstrukturen zu vermeiden;
5. die Unterstützungsangebote für Drogenabhängige und Obdachlose rund um den Bremer Hauptbahnhof konsequent neu zu justieren, indem alle Hilfsangebote zentriert an der Friedrich-Rauers-Straße angesiedelt werden;
6. die Substitutionsangebote für Drogenkranke in einem gebotenen Mindestabstand vom Bahnhofsumfeld und der Friedrich-Rauers-Straße neu zu organisieren und durch den Ausbau des Streetwork-Angebots am Hauptbahnhof noch gezielter auf die Drogenabhängigen zuzugehen, um sie über das Hilfsangebot zu informieren und zugänglich zu machen;
7. im bremischen Ortsgesetz über die öffentliche Sicherheit jedwede Erscheinungsformen von offensivem Betteln im zuvor bereits klar definierten Alkoholverbotsareal am Bremer Hauptbahnhof zu verbieten und sodann mittels Polizei und Ordnungsdienst auch konsequent zu ahnden;
8. die Reinigungsintervalle in dem zuvor beschriebenen Areal deutlich zu erhöhen und die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes, wie das illegale Entsorgen von Zigarettenschmüll, Kaugummi oder Lebensmitteln sowie Verpackungsmüll, Drogenbesteck etc. auch zu betreiben und die Bußgelder hierfür stringent zu erheben.

Marco Lübke, Rainer Bensch, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann
und Fraktion der CDU